

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Bewertung des AfD-Grundsatzprogramms

Inhalt

Bewertung des AfD-Grundsatzprogramms.....	3
Politischer Hintergrund.....	3
1. Grundsatzprogramm: umweltpolitische Forderungen	4
I. Klimawandel und Klimaschutz.....	4
II. Erneuerbare Energien	5
III. Windkraft und Naturschutz	7
IV. Atomausstieg	8
V. Fracking.....	8
VI. Naturschutz.....	9
VII. Landwirtschaft	9
VIII. Gentechnik	11
IX. TTIP/CETA.....	11
X. Verkehr	12

Bewertung des AfD-Grundsatzprogramms

Politischer Hintergrund

Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) existiert in Deutschland eine rechtspopulistische Partei, die sich erfolgreich als Anti-Establishment-Partei präsentiert. Sie findet Unterstützung bei einer größeren Zahl von Bürger*innen, die zum Teil rechtsnationales und antisemitisches Gedankengut vertreten und sich zum Teil aus anderen Gründen nicht mehr ausreichend von den etablierten Parteien vertreten fühlen. Im Rahmen der Flüchtlingsdebatte und der allgemeinen Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts, konnte ein Aufstieg der Partei verzeichnet werden, dem in den letzten Landtagswahlen auch durch innerparteiliche Machtkämpfe ein Abwärtstrend folgte. Dennoch kann mit dem Einzug der AfD in den Bundestag bei der Wahl im September 2017 gerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund hat der BUND sich beraten, wie in seiner politischen Arbeit mit der AfD umgegangen werden soll. Grundsätzlich versteht der BUND dabei seine Rolle als Natur- und Umweltschutzorganisation darin, für eine sozial und ökologisch gerechte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten – dies beinhaltet aus unserer Sicht einen respektvollen Umgang mit Natur und Mensch, auch jenseits von Nationalgrenzen.

Auf Basis dieser Einschätzung haben sowohl der Bundesvorstand als auch der Verbandsrat beschlossen, dass:

1. der BUND öffentlich Stellung bezieht gegen die AfD als rechtspopulistische Partei. Unsere Vorstellung einer freien, gerechten, weltanschaulich und religiös toleranten Gesellschaft ist mit rassistischen, fremdenfeindlichen und menschenrechtswidrigen Tendenzen in der AfD unvereinbar. Daher beteiligt sich der BUND auch an Bündnissen/Aktionen gegen eine erstarkende rechte Bewegung.
2. der BUND sich inhaltlich mit zentralen AfD-Forderungen auseinandersetzt, die in Bezug/im Widerspruch zu BUND-Positionen stehen, wie bei Klimaschutz, EEG oder Atomausstieg. Politiker*innen der Partei werden jedoch nicht bei der BUND-Lobbyarbeit etc. berücksichtigt (z. B. Wahlprüfsteine, Podiumsdiskussionen oder ähnliche Veranstaltungen), um rechtspopulistischen Parolen keinen zusätzlichen Raum zu bieten.

Für das vorliegende Papier wurde das Grundsatzprogramm der AfD im Detail analysiert, insbesondere in Hinblick auf die umweltpolitischen Aussagen (Kapitel 2).

1. Grundsatzprogramm: Allgemeines

Der Bundesparteitag der AfD hat am 1. Mai 2016, drei Jahre nach der Parteigründung, ein Grundsatzprogramm beschlossen. Die darin festgelegten Positionen sind bindend für die AfD. Zur Bundestagswahl 2017 wurde darauf aufbauend ein Wahlprogramm beschlossen. Eine inhaltliche Diskussion des Grundsatzprogramms hat auf dem Parteitag nur sehr begrenzt stattgefunden.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben das auf dem Parteitag verabschiedete Grundsatzprogramm der AfD als populistisch und demagogisch kritisiert und jedwede Zusammenarbeit, insbesondere eine Koalitionsbildung, ausgeschlossen. Scharfe Kritik wurde auch von verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen geäußert: DGB-Chef Rainer Hoffmann nannte die Alternativen der AfD „ungeheuerlich simpel, dumpf und widersprüchlich“, und der Zentralrat der Juden kritisierte, die Partei verlasse „mit ihrem Programm den Boden des Grundgesetzes“.

Das Programm ist geprägt durch nationalistische, rechtspopulistische und antieuropäische Tendenzen, schürt Islamhass und stellt „den Ausländer“ als Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Insgesamt liest sich das Programm als bunte Sammlung von Forderungen, die bemüht sind, eine diffuse „Angst vor Überfremdung“ sowie eine undefinierte allgemeine Politikverdrossenheit anzusprechen.

Der BUND hat dagegen mehrfach deutlich Stellung bezogen – für eine offene Gesellschaft und für Solidarität mit geflüchteten Menschen. Dies insbesondere, aber nicht ausschließlich, weil viele der Fluchtursachen mit einem weltweiten Wirtschaftssystem – geprägt vor allem auch von den reichen Industriestaaten – zusammenhängen, das

den Globalen Süden stark benachteiligt und zudem vielerorts die Lebensbedingungen durch Umweltschäden zerstört. BUND und BUNDjugend bekämpfen seit Langem die Faktoren, derentwegen die Existenzgrundlage von Menschen im Globalen Süden in eine Schieflage gerät: Ungehemmtes Wachstum, Landraub durch Industrieländer und Konzerne, Biopiraterie, unfaire Handelsabkommen, Überfischung, Klimaerwärmung und so fort. Es liegt also nahe, dass sich ein Umweltverband wie der BUND zu aktuellen Ereignissen äußert und Menschen in Not willkommen heißt.

Ganz praktisch bieten viele BUND-Gruppen bereits Hilfen an: Sie organisieren Exkursionen, damit zugezogene Kinder ihre neue Umgebung kennenlernen. Sie integrieren Asylsuchende bei der Umweltbildung, geben ihnen Chancen, sich sinnvoll zu betätigen und erste Kontakte zu knüpfen – und erweitern so auch ihren eigenen Horizont. Auch die BUNDjugend hat Geflüchtete gezielt eingebunden, hat beispielsweise mit ihnen gegärtnert und gekocht. Zudem nimmt der BUND am Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ teil. Wer sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagiert oder – selbst geflüchtet – seit wenigstens drei Monaten in Deutschland aufhält, kann sich über unsere Zentralstelle für einen der 10.000 zusätzlichen Plätze bewerben (Kontakt: victoria.muntendorf@bund.net).

2. Grundsatzprogramm: umweltpolitische Forderungen

Die AfD schreibt in ihrem Grundsatzprogramm unter der Überschrift „Natur- und Umweltschutz“: „Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen.“ Ihre konkreten Politikvorstellungen, insbesondere im Bereich Klima- und Energiepolitik, könnten von diesem Postulat nicht weiter entfernt sein.

I. Klimawandel und Klimaschutz

Die AfD stellt im Grundsatzprogramm fest, dass „das Klima [sich] wandelt, solange die Erde existiert“, dass wir aktuell in einer Wärmeperiode „ähnlich der mittelalterlichen oder römischen Warmzeit“ leben und „Kohlendioxid kein Schadstoff“ sei, sondern „eine positive Wirkung [...] auf das Pflanzenwachstum und [...] die Welternährung“ habe. Es gebe „seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts [...] im Widerspruch zum IPCC-Prognosen keinen weiteren Temperaturanstieg.“ Außerdem gebe es „keine Messungen oder Beobachtungen“, die die „computergestützten Simulationen des IPCC“ bestätigen würden. Die AfD behauptet daher, dass der Weltklimarat IPCC und die deutsche Regierung die positive Wirkung von CO₂ auf das Pflanzenwachstum unterschlagen. Klimaschutz schwäche vor allem die deutsche Wirtschaft und die persönliche Freiheit.

Bewertung:

Die AfD verweigert sich der Realität des Klimawandels und sie widerspricht mit diesen Aussagen dem festen wissenschaftlichen Konsens¹: Die internationale Forschung ist sich einig, dass die zu beobachtenden Temperaturerhöhungen nicht durch natürliche Schwankungen erklärbar sind und der Klimawandel sich beschleunigt. Die von Menschen verursachte stark erhöhte Treibhausgaskonzentration (CO₂, Methan u. a.) in der Atmosphäre die Ursache für den globalen – und eben nicht nur regionalen wie etwa im Europa des Mittelalters – Anstieg der durchschnittlichen Temperatur (bisher um etwa ein Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter). Anders ausgedrückt: Die durch unsere Autos, Fabriken etc. verursachten Klimagase wie CO₂ werden zur Bedrohung, weil sie sich im Übermaß in der Atmosphäre anreichern und den natürlichen Treibhauseffekt erheblich verstärken.

Entsprechend übertrifft der zu beobachtende globale Temperaturanstieg alle Erwärmungen der letzten 2.000 Jahre. Regionale Schwankungen oder die Verlangsamung der Lufttemperaturerhöhung (in den Ozeanen gab es keine Verlangsamung) in den Jahren ab 1998 konnte die Wissenschaft durch natürliche Schwankungen des Klimasystems erklären – seit 2014 steigen die Temperaturen jedoch leider wieder ungebremst an.

¹ Gute Hintergründe zum Thema Klimawandel und Klimaleugner sowie zu den Positionen der AfD finden sich unter www.klimafakten.de

Diese Phänomene und Entwicklungen bestätigen verschiedene, voneinander unabhängige Studien. Der von der AfD gescholtene Weltklimarat IPCC betreibt im Übrigen keine eigene Forschung, sondern trägt im Auftrag der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in regelmäßigen Abständen den Sachstand der Klimawissenschaft zusammen. Forscher*innenteams auf der ganzen Welt haben insofern auch Computersimulationen immer wieder bestätigt. Selbstverständlich existieren Unsicherheiten in den Studien, insbesondere über regionale Prognosen, diese werden aber vom IPCC transparent benannt und mit Bandbreiten von Wahrscheinlichkeiten angegeben. Grundsätzlich gibt es aber am menschengemachten Klimawandel und seinen desaströsen Folgen keinen Zweifel. Da der IPCC den Stand der Forschung abbildet, finden auch Aspekte wie der „Düungeeffekt“ des CO₂ – worauf die AfD verweist – in den Berichten des Weltklimarats Berücksichtigung.

Demnach ist der positive Effekt des CO₂ auf das Pflanzenwachstum allerdings begrenzt: Erstens, weil Pflanzen ab einem bestimmten CO₂-Gehalt nicht mehr stärker wachsen, und zweitens durch begrenztes Wasser- und Nährstoffangebot.

Im Gegenteil stellt der Klimawandel durch Wetterextreme und z. B. verringerte und ausbleibende Regenfälle des Monsuns die perspektivisch größte Gefahr für die Welternährung dar. Die Ernährungssituation von Millionen von Menschen wird lebensbedrohlich werden, da diese Klimaänderungen Ernten zerstören und Lebensmittel verteuern werden.

Fazit:

Bei der AfD wird der menschengemachte Klimawandel geleugnet und eine der wichtigsten Zukunftsfragen des Planeten einfach ausgeblendet. Die katastrophalen Folgen der Erderwärmung wie etwa steigende Meeresspiegel, extreme Wetterereignisse, Verschiebungen der Jahreszeiten und vermehrte und stärker ausgeprägte Dürren und Überschwemmungen werden nicht thematisiert. Da der Temperaturanstieg, den wir in den letzten Jahrzehnten erleben, so schnell stattfindet, ist es wahrscheinlich, dass sich zahlreiche Ökosysteme nicht an den raschen Wandel anpassen können. Menschen, die in tiefliegenden Küstenregionen, Inselstaaten oder in von Unwettern oder Dürren betroffenen Gebieten leben, werden gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Die rasche Reduzierung der Treibhausgase, ist der einzige Weg, die schlimmsten Folgen noch abzuwenden. Die Leugnung und Verharmlosung der Klimakrise durch die AfD ist zynisch und verantwortungslos. Sie blendet nicht nur absehbares und bereits existierendes Leid aus, sondern fordert dazu auf, die Hände in den Schoß zu legen, obwohl dringend Handeln geboten ist. Der durch den Menschen verursachte Klimawandel ist die zentrale Gefahr für das Weiterbestehen von Menschen, Tieren und Ökosystemen auf unserem Planeten. Die Folgen des Klimawandels zerstören schon jetzt die Heimat von Tausenden von Menschen. Es ist unverantwortlich, dieses Leid und diese Gefahren zu verharmlosen und von „positiven Wirkungen von CO₂“ zu sprechen. Die Abkehr von Kohle, Öl und Gas ist unabdingbar und erfordert neue Strategien wie den Umbau des Energiesystems und unserer Wirtschaftsweise. Gerade deshalb muss sich auch die Wirtschaft, müssen sich Unternehmen wandeln, nicht nur in Deutschland sondern weltweit. Für all das macht sich der BUND seit Jahrzehnten stark. Die AfD dagegen verkennt die zentrale umweltpolitische Herausforderung und setzt auf ein fatales „Weiter so“ – in die Klimakatastrophe. Übrigens: Klimaschutz-Organisationen will die AfD nicht mehr unterstützen (wir nehmen an: Wenn sie an der Macht wäre). Gut, dass der BUND mit seinen über 500.000 Mitgliedern und Unterstützer*innen auf solche Alimente nicht angewiesen ist.

II. Erneuerbare Energien

Da die AfD den menschengemachten Klimawandel leugnet, will sie auch die Gesetze zum Klimaschutz abschaffen. Dazu zählen zum Beispiel die Vorgaben zur besseren Dämmung von Gebäuden (EnEV) und auch für die Förderung Erneuerbarer Energien, ob im Wärme- oder Strombereich. Die AfD hält dies insgesamt für eine überflüssige Belastung der Wirtschaft und der Bürger*innen. So fordert die AfD die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und in diesem Kontext aller „Energemarkt-Eingriffe durch Subventionen wie z.B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorranginspeisungen für bestimmte Stromerzeugungsanlagen“, weil sie den Strom in Deutschland „technisch bedingt“ verteuern und die „bisher hohe Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland [schädigen]“². Die AfD stellt außerdem fest, dass die Energiewende „ohne große Stromspeicher nicht möglich“ sei, aber „mit großen Stromspeichern nicht bezahlbar“. Das EEG als „System der Dauersubvention“ sei daher abzulehnen. Fossile Energien werden nicht thematisiert, außer, dass sie billiger seien als Erneuerbare. Die AfD stellt aber fest: „Trotz der immer höheren Zahl an EE-Anlagen ist der CO₂-Ausstoß seit 2000 wegen des abrupten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben.“

² Europawahl-Programm der AfD: <https://wahlprogramme.abgeordnetenwatch.de/afd/blaetterkatalog/pdf/complete.pdf>

Bewertung:

Das Thema Energiewende spielt bei der AfD keine Rolle, denn sie hält sie für überflüssig. Damit ist die AfD ein politischer Totalausfall, was die Bewältigung der globalen Krise der Erderwärmung angeht. Das Klima-Problem der fossilen Energien, unsere Import-Abhängigkeit bei Gas, Öl und Steinkohle oder die immensen Folgekosten für die Allgemeinheit kommen nicht vor. Es geht der AfD um eine Rückabwicklung der Energiewende, deshalb will sie auch die entsprechende Gesetzgebung abschaffen, allen voran das EEG.

Tatsächlich ist das EEG eine Erfolgsgeschichte: Es hat entscheidend dazu beigetragen, dass heute mehr als ein Drittel unseres Stromverbrauchs aus erneuerbaren und somit sauberen Quellen gedeckt wird. Die Erneuerbaren haben mehr als 350.000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Fossile Energieträger müssen teuer gekauft oder gefördert werden, ihre Förderung zerstört die Natur, ihre Verbrennung heizt den Klimawandel an und belastet unsere Gesundheit. Die Kosten eines erneuerbaren Stromsystems, dies haben verschiedene Studien belegt, werden langfristig nicht höher liegen, im Gegenteil werden der Gesellschaft hohe Folgekosten erspart: Denn Atomüll-Entsorgungskosten oder Klimawandel-Folgeschäden schlagen sich in den Strompreisen bisher nicht nieder. Richtig ist, dass der Umbau des Stromsystems Investitionen erfordert und die Technologie-Entwicklung Geld gekostet hat bzw. kostet. Allerdings sinken die Kosten der Windkraft an Land und der Photovoltaik rasant und sind bereits jetzt bei den Gesteungskosten mit den konventionellen Energieträgern im Schnitt gleich auf. Fossile Energien und Atomkraft sind – ganz abgesehen von ihren ungeheuren Folgekosten – mitnichten billiger als Erneuerbare³.

Die Energieversorgung in Deutschland wird durch die immer stärkere Nutzung von Erneuerbaren Energien langfristig endlich auf sichere Beine gestellt. Da der erneuerbare Strom nicht importiert und aus anderen Ländern eingekauft werden muss und außerdem nicht auf der Ausbeute von endlichen Rohstoffen basiert, ist eine auf erneuerbaren Quellen beruhende Stromversorgung die sicherste und unabhängigste Energieversorgung. Richtig ist, dass die Netzbetreiber stärker stabilisierend ins Stromnetz eingreifen mussten. Das kostet zwar Geld, ist jedoch kein Problem für die Sicherheit der Versorgung. Im Gegenteil haben die Ausfallminuten in den letzten Jahren abgenommen, die Versorgung ist also sogar noch sicherer geworden.

Je konsequenter wir die Stromversorgung auf Erneuerbare umstellen, desto günstiger werden die Stromkosten langfristig sowohl für Privathaushalte wie auch für die Industrie. Der Strompreis setzt sich jedoch aus mehreren Komponenten zusammen. Die Kosten der Stromerzeugung sind nur ein Element und der geringste Teil. Die Förderung der Erneuerbaren Energien, gespiegelt in der EEG-Umlage, ist ein weiterer Bestandteil der Stromkosten. Diese Umlage ist auch abhängig vom Börsenstrompreis und spiegelt nicht die realen Erneuerbaren-Kosten. Zudem zahlen wir aktuell noch die Anfangskosten der Technologie-Entwicklung, das heißt der Kostensockel wird immer kleiner. Neu hinzukommende Wind- und PV-Anlagen sind deutlich billiger. Nicht zuletzt wird momentan die Umlage nur von Privathaushalten und allen wenig energieintensiven Unternehmen gezahlt. Die energieintensive Industrie, somit die Stromgroßverbraucher, sind von der EEG-Umlage weitgehend ausgenommen und beteiligen sich nicht an den Kosten der Energiewende. Diese Kosten müssen alle übrigen Verbraucher*innen mittragen. Eine gerechte Verteilung der Kosten, sprich die Beteiligung der Industrie, würde die Umlage spürbar senken.

Tatsächlich sind die fossilen Energien und die Atomkraft in Deutschland wie auch in anderen Ländern bis heute viel stärker subventioniert worden als die Erneuerbaren. Die staatliche Förderung der Braun- und Steinkohle in Deutschland im Zeitraum 1970 bis 2014, hauptsächlich durch Finanzhilfen und Steuererleichterungen, übertrifft die Förderung der Erneuerbaren um das Vierfache. Und allein die Subventionierung von Atomkraft war in dem gleichen Zeitraum doppelt so hoch wie die Gelder, die für die Energiewende ausgegeben worden sind. Wenn die AfD also davon spricht, dass das „EEG als System der Dauersubventionierung“ abzulehnen sei, so entgegen wir, dass umweltschädliche Subventionen wie die der Braun- und Steinkohle abzulehnen sind, da sie der Gesellschaft hohe wirtschaftliche und ökologische Kosten aufbürden.

Das Argument, das viel Wind zu nicht nutzbarem Stromüberschuss führt, stimmt nicht. Ein Hauptproblem besteht darin, dass Kohle- und Atomkraftwerke nicht abschalten (können), wenn viel erneuerbarer Strom im Netz ist. Auch große Verbraucher reagieren (noch) nicht so flexibel wie nötig. Schon jetzt ist es aber möglich, Strom aus erneuerbaren Quellen zu speichern oder in Wärme umzuwandeln. Auch kleine, günstige Speichertechnologien, die von vielen Privatleuten genutzt werden, und große Speicher wie Pumpspeicherwerke gibt es bereits. Dabei ist wichtig zu wissen, dass das Energiesystem derzeit ausreichend Flexibilitätsreserven besitzt, und große Speicher erst erforderlich werden, wenn Erneuerbare Energien etwa 80% des Stromanteils ausmachen. Bis dahin muss an der Flexibilisierung des Energiesystems auf der Angebots- und Nachfrageseite gearbeitet werden, um es besser an die

³ Mehr zu Strompreisen: www.bund.net/themen_und_projekte/klima_und_energie/energiewende/strompreisfakten/

schwankenden Mengen an Wind- und Sonnenstrom anzupassen, und neue technische Optionen wie Power-to-Gas weiter erforscht werden.

Der Energiesektor in Deutschland verursacht die meisten klimaschädlichen Emissionen. Gleichzeitig liegen hier auch die größten bzw. am leichtesten auszuschöpfenden Klimaschutzpotentiale. Wenn wir konsequent von fossilen Energieträgern auf Erneuerbare umstellen und dabei noch deutlich effizienter mit Energie umgehen, können wir einen Großteil unserer klimaschädlichen Emissionen reduzieren.

Fazit:

Da die AfD den Klimawandel leugnet, leugnet sie auch die Notwendigkeit, unsere Energieversorgung zu dekarbonisieren. Sie bedient zudem alle falschen Klischees, die sich gegen die Energiewende richten, schweigt aber darüber, welche Akteure und Konzerne vom bisherigen System über die Maßen profitiert haben. Die Positionen der AfD sind nicht nur verantwortungslos, sie weisen auch darauf hin, dass es um die Glaubwürdigkeit der AfD, die sich als Partei der kleinen Leute gibt, nicht weit her ist. Denn vom bisherigen System haben vor allem die großen Energiekonzerne profitiert, die katastrophalen Folgen der Nutzung von Atomkraft, Kohle, Öl und Gas aber tragen wir alle.

III. Windkraft und Naturschutz

Vor allem der Ausbau der Windkraft führt nach Ansicht der AfD zu unvermeidbaren Schäden an der Natur und der Landschaft. Daher lehnt die AfD den weiteren „unkontrollierten Ausbau“ der Windenergie ab und fordert, Windenergieanlagen „nur an Standorten zuzulassen, an denen keine erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch und Natur zu erwarten sind.“ Als Beispiel führt sie die Verluste von Fledermäusen und Vögeln durch Windenergieanlagen an. So forderte bspw. die sächsische Fraktion im Sommer 2015 zunächst ein Moratorium für den Ausbau von Windkraftanlagen. Es müsse rechtssicher geklärt werden, ob Infraschall, der beim Betrieb der Anlagen entstehe, der Gesundheit von Mensch oder Tier schade. In Sachsen widmete sich die AfD darüber hinaus dem Thema Abstandsregelung. Sie forderten zunächst eine Distanz von 1.000 Metern zu Siedlungen und später das 10-fache der Höhe des Windrades (10H).

Bewertung

Die AfD ignoriert die bestehende Rechtslage: ein unkontrollierter Ausbau von Windenergie findet nicht statt. Da sie den menschengemachten Klimawandel leugnet, ignoriert sie auch die Notwendigkeit naturverträglichen Ausbaus von erneuerbaren Energien und die ohne den Ausbau von erneuerbaren Energien entstehenden Folgen des Klimawandels für die Natur. Sie ignoriert zudem die notwendige Bekämpfung der Hauptursachen für den schlechten Zustand vieler Arten: insbesondere die industrielle Landwirtschaft und falsche Verkehrspolitik. Die von ihr benannten Probleme im Artenschutz lassen sich zudem durch gute Planung und bereits bestehende Möglichkeiten des Artenschutzes sinnvoll eingrenzen. Hierfür notwendige Kriterien und real umsetzbare Lösungsvorschläge fehlen bei der AfD.

Die Diskussion um die Einhaltung von Abstandsregelungen in Bezug auf Windkraftanlagen wird bereits geführt. Die geforderten pauschalen Abstandsregelungen lösen oftmals keine Probleme, da sie nicht das tatsächliche Verhalten von Vögeln und Fledermäusen berücksichtigen. Welche Abstände und Schutzkorridore sinnvoll sind, muss daher möglichst im Einzelfall geprüft werden. Die von der AfD geforderte 10H-Regelung (wie in Bayern in Kraft) verhindert zudem den weiteren Bau von Windkraft-Anlagen, weil unter ihrer Berücksichtigung kaum noch Flächen in Frage kommen und zerstört zusätzlich wertvolle Natur. Das zeigt die eigentliche Zielrichtung der Forderungen: die AfD instrumentalisiert Sorgen und Nöte der Menschen um ihr Ziel, das Ende der Energiewende, zu erreichen. Hier liegt auch der wesentliche Unterschied zu der Position des BUND sowie ein Widerspruch zur grundsätzlichen Ausrichtung der Energiepolitik der AfD. Generell will die AfD an Atomkraft sowie der Verbrennung von Braunkohle festhalten und so die Erneuerbaren konterkarieren. Völlig widersprüchlich ist dabei, dass Windräder die Landschaften gefährden, die Auswirkungen von Braunkohletagebauen hingegen keine Erwähnung finden.

Fazit

Die naturverträgliche Nutzung der Windenergie an Land ist das zentrale Element der Energiewende. Wir als BUND wollen den dynamischen, naturverträglichen Ausbau in Bürgerhand und bringen uns konstruktiv in diese – nicht immer einfache – Auseinandersetzung ein. Im Gegensatz dazu lehnt die AfD den weiteren Erneuerbaren-Ausbau ab, versucht ohne Rücksicht auf die Folgen die Energiewende mit allen Mitteln zu verhindern und protegiert durch die Konservierung des alten fossil-atomaren Systems die Wirtschaftsinteressen der Akteure und Konzerne, die bisher über die Maßen von diesem ökologischen Irrweg profitiert haben.

IV. Atomausstieg

Die AfD fordert eine Laufzeitverlängerung für die sich noch in Betrieb befindlichen acht Atomkraftwerke. Diese soll übergangsweise erfolgen, „solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage nicht gesichert ist“. Außerdem fordert die AfD bezüglich des Umgangs mit dem hoch radioaktiven Atommüll, dieser „sollte zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt aufbereitet weiter verwenden zu können“. Weiter plädiert die AfD für eine „Wiederaufnahme“ der Atomforschung.

Bewertung

Wie insgesamt in der Energie- und Klimapolitik tritt die AfD auch im Bereich Atomenergie für einen kompletten Politikwechsel ein. Während alle anderen Parteien den Atomausstieg in Deutschland unterstützen oder ihn beschleunigen wollen, will die AfD Laufzeitverlängerungen für die noch im Betrieb befindlichen Atomkraftwerke durchsetzen. Die Begründung dafür ist sehr schwach. Der bisherige Atomausstieg hatte entgegen den Behauptungen der AfD keinen zunehmenden Stromimport zur Folge, im Gegenteil wächst der Export weiter. Die Stromversorgung hat in Deutschland noch nie am Ort und zur Zeit der Nachfrage stattgefunden. Gerade die Atomkraftwerke stehen oft weit von den Verbrauchszentren entfernt und produzieren rund um die Uhr nicht an den realen Verbrauch angepasst. Die Energiewende bietet die Chance, den Strom zukünftig dezentraler und verbrauchsnaher zu erzeugen. Die Risiken der Atomenergie scheinen für die AfD nicht zu existieren.

Die Ansichten der AfD zum wichtigen Thema Atommüll sind gefährlich. Die Partei träumt von einer Verwertung des hochgefährlichen Atommülls und will die Suche nach einem möglichst sicheren Lager einstellen. Die Folgen wären für Mensch und Umwelt höchst bedrohlich: Eine dauerhafte unsichere Zwischenlagerung an der Oberfläche oder der Export in andere Länder und somit ein unkontrollierbares Geschäft mit dem Atommüll.

Die Forderung der AfD, in die Atomforschung zu intensivieren, ist aus Sicht des BUND ebenso falsch. Es braucht dringend mehr Forschung zu den Alternativen zur Atomenergie. Dieser Wechsel wurde in Deutschland vollzogen, in der EU leider noch nicht. Nach wie vor fließt ein Großteil der europäischen Gelder für die Energieforschung in den Bereich Atom.

Fazit

Im Bereich Atomenergie vertritt die AfD rückwärtsgewandte Positionen und Standpunkte, die zudem für Mensch und Umwelt sicherheitsgefährdend sind. Die Risiken der Atomenergie scheinen für die AfD nicht zu existieren und auch die restlichen AfD-Forderungen offenbaren eine gefährliche Mischung aus Wahlkalkül, Wirtschaftsinteressen und Nichtwissen.

V. Fracking

Die AfD spricht sich dafür aus, Fracking zu entwickeln und mögliche Standorte erkunden zu lassen, „sollten die Risiken beherrschbar erscheinen“.

Bewertung:

Der BUND lehnt einen Einsatz von Fracking entschieden ab. Fracking kann zur Verunreinigung von Böden, Grund- und Trinkwasser führen und Erdbeben auslösen. Anstelle der kostspieligen und risikoreichen Förderung von Gas aus tiefen Gesteinsschichten zu fördern, müssen wir unseren Energieverbrauch deutlich drosseln und den Ausbau der Erneuerbaren vorantreiben. Nur so können wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern.

Statt eine teure und risikoreiche Methode der Förderung von klimaschädlichen fossilen Energieträgern zu erlauben, sollten Fossile, inklusive Gas, durch Erneuerbare ersetzt werden.

Fazit:

Die AfD schließt den Einsatz von Fracking nicht aus.

So lange die AfD keine klare Haltung gegen Fracking einnimmt, so lange nimmt die Partei auch die Gefahren dieser Hochrisikotechnologie in Kauf.

VI. Naturschutz

Die AfD erkennt in ihrem Grundsatzprogramm an, „dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt“ und die elementaren Schutzgüter wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen zu schützen sind. Dabei legt sie ihren umweltpolitischen Schwerpunkt auf eine Minderung des Landschaftsverbrauchs, der Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer sowie der Luftverschmutzung. Dreh- und Angelpunkt ihres Ansatzes sieht die AfD in der Land- und Forstwirtschaft, denn niemand leistet nach Ansicht der AfD mehr Arbeit für den Naturschutz als Land- und Forstwirte.

Bewertung

Paradoxe Weise finden sich im Grundsatzprogramm der AfD jedoch kaum Aussagen zu Fragen des Naturschutzes. Explizit wird lediglich der Wunsch geäußert, die Landschaft, Tiere und Pflanzen schützen zu wollen. Ein klares Bekenntnis zu Natur- und Artenschutz fehlt dagegen vollkommen. Der Verlust bzw. der Erhalt der biologischen Vielfalt wird nicht angesprochen. Nahezu ausnahmslos wird sich in dem Glauben an ein Allheilmittel für die Stärkung einer Landwirtschaft ausgesprochen. Die derzeitige Form Landwirtschaft zu betreiben, ist jedoch gerade mitverantwortlich für den enormen Artenverlust (siehe Kapitel Landwirtschaft), da sie keinen aktiven Naturschutz betreibt.

Die völlig richtige Feststellung des AfD-Grundsatzprogramms, dass durch Bauvorhaben (Infrastruktur, Erneuerbare Energien) oder landwirtschaftliche Monokulturen (Raps, Mais) der Konkurrenzdruck auf die Fläche immer weiter wächst, führt bei der AfD zu der Schlussfolgerung, dass Eingriffe „nicht zu Lasten produktiver land- oder forstwirtschaftlicher Flächen“ vollzogen werden dürfen – Naturschutz: Fehlanzeige. Würde die Partei es ernst meinen mit ihren Forderungen zu Naturschutz, dann wäre die Schlussfolgerung sich für den Erhalt naturschutzfachlich bedeutsamer Flächen stark zu machen; und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit, den Natur und Umwelt kennen keine Grenzen.

Mit der Forderung, sogar „naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen zu reduzieren und in aller Regel so zu gestalten, dass sie nicht zu Lasten land- und forstwirtschaftlicher Flächen gehen“, macht die AfD deutlich, wie wenig ihr der Naturschutz am Herzen liegt und verdeutlicht den Vorrang von land- und forstwirtschaftlichen Interessen vor ökologischem Allgemeinwohl.

Die AfD kämpft darüber hinaus gegen die sogenannte „Überregulierung“ durch europäische Verordnungen, darunter auch im Umweltrecht. Prinzipiell lehnt die AfD alle Regulierungsvorschläge im EU-Parlament ab und argumentiert durchgehend, die Entscheidungen müssten wieder an die nationalen Parlamente abgegeben werden. Forderungen nach der Regulierungsmacht des Staates finden immer wieder Unterstützung in der Bevölkerung und können in scheinbare Übereinstimmung mit Positionen des Naturschutzes gebracht werden. Europäische Errungenschaften, für die Umweltschützer jahrzehntelang gerungen haben, wie das weltweit größte Schutzgebietsnetz „Natura2000“, werden damit von der AfD gefährdet und in Frage gestellt.

Die von der AfD in diesem Zusammenhang geforderte komplette Beendigung der EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip ergibt keinen Sinn. Stattdessen wäre dem Naturschutz tatsächlich geholfen, wenn die Umverteilung der Mittel nach dem Prinzip „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“, gemeint sind damit ökologische Dienstleistungen, erfolgen würde. Durch einen völligen Verzicht auf Subventionen würden auch Förderungen für kleine und ökologisch wirtschaftende Landwirte entfallen. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass die Positionen und Forderungen der AfD in diesem Gebiet zusammenhangslos und nicht zielführend sind.

Die AfD steht nach eigenen Aussagen „für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht“.

Fazit

Die AfD bekennt sich nicht zum Schutz der biologischen Vielfalt und verfolgt auch keinen nachhaltigen sowie ganzheitlichen Naturschutzansatz.

VII. Landwirtschaft

Die AfD möchte den Landschaftsverbrauch vermindern und die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer verringern. Sie spricht sich bis zur „nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier“ gegen den Einsatz von

Glyphosat aus. Sie tritt für die Senkung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung ein und äußert sich kritisch zur „industriellen Massentierhaltung“. Die AfD „lehnt das qualvolle betäubungslose Schächten von Tieren als unvereinbar mit dem Staatsziel Tierschutz ab“ und spricht sich als Kompromiss für die Elektro-Kurzzeitbetäubung aus. Agro-Gentechnik im Bereich der Forschung wird von der AfD begrüßt, aber jeglicher darüber hinausgehender Einsatz wird abgelehnt. Genehmigungen sollten ausschließlich auf Bundesebene erfolgen, gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel seien zu kennzeichnen. Sie äußert sich kritisch gegen Bio-Patente und lehnt Bodenspekulationen und den vermehrten Anbau von Energiepflanzen ab. „Moderne Bäuerliche Betriebe“, die regional verwurzelt sind, werden von ihr bevorzugt. Herstellungsprozesse seien zu kennzeichnen, über Lebensmittel müsse detailliert informiert werden. Die Verteilung von „EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip“ und zu viel Bürokratie seien abzubauen. Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sollten nach AfD-Position nicht zulasten der Landwirtschaft gehen.⁴

Bewertung

Die AfD lehnt sich bei vielen ihrer agrarpolitischen Aussagen im Grundsatzprogramm an die Forderungen der Umwelt- und Naturschutzszene an. Beispielsweise in Bezug auf die Intensivtierhaltung – in Brandenburg unterstützte die Partei sogar ein Volksbegehren gegen die Massentierhaltung – oder in Bezug auf Agro-Chemie und Antibiotika-Einsatz bei Nutztieren.

Das Grundsatzprogramm liest sich im Agrarkapitel wie eine Ansammlung besonders gesellschaftlich umstrittener Begrifflichkeiten (Glyphosat, Gentechnik, Massentierhaltung, etc.) mit welchen die rechte Partei umweltpolitisch anknüpfungsfähig an breite Bevölkerungsschichten sein möchte. Daraus ist aber bei Weitem kein reales Engagement für eine ökologische und bäuerliche Landwirtschaft abzuleiten. Durch die Vielzahl an Widersprüchen zeigt sich vielmehr, wie opportunistisch die AfD in der Ausrichtung ihrer Positionen verfährt.

Die AfD Thüringen⁵ sieht in den Landwirt*innen „handelnde und nicht redende Naturschützer“ (im Gegensatz zur den Naturschutzverbänden). Eine „Verteufelung der Gentechnik durch technikfeindliche gesellschaftliche Gruppen“ (gemeint sind offensichtlich Gruppen wie der BUND) wird von der AfD Thüringen abgelehnt. Im Gegensatz zum BUND, welcher langfristig 100 Prozent Ökolandbau will, sagt die Partei „eine Rückentwicklung zur vollständigen ökologischen Landwirtschaft“ sei „der Bevölkerung nicht zumutbar“, da damit sinkende Erträge und steigende Lebensmittelpreise verbunden seien. Darüber hinaus will die AfD Thüringen erkannt haben, dass „im Gegensatz zu der Zeit bis zu den siebziger Jahren, keine relevanten Schäden an der Umwelt durch die Pflanzenproduktion mehr entstehen“. Der enorme Artenverlust in der offenen Agrarlandschaft scheint der AfD verborgen geblieben zu sein. Eine „grüne Agrarwende“ geht nach Ansicht der AfD BaWü mit der „pauschalen Verunglimpfung unserer Bauern“ einher und wird daher von der AfD BaWü abgelehnt. Die Landwirtschaft dürfe durch „überzogene Vorschriften eines falsch verstandenen Tierschutzes nicht geschädigt werden“⁶.

Fazit

Im agrarpolitischen Bereich fällt auf, dass einzelne Forderungen der AfD auch bei Umwelt- und Naturschützer*innen Unterstützung finden könnten (Bio-Patente, Glyphosat, etc). Daher ist es viel wichtiger, sich ein agrarpolitisches Gesamtbild von dieser rechten Partei zu machen, im Sinne einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, die Umwelt und Klima schützt und besonders tiergerecht wirtschaftet, die Energie und Ressourcen schont und nicht auf Kosten des globalen Südens arbeitet, die faire Erzeugerpreise erhält und Mitarbeiter*innen faire Löhne zahlt. Dieses Gesamtbild unterstreicht deutliche die Unterschiede zwischen der AfD und dem BUND.

⁴ Alle Angaben aus dem AfD-Grundsatzprogramm 2016

⁵ Wahlprogramm AfD Thüringen: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf

⁶ Wahlprogramm AfD Baden-Württemberg: http://afd-bw.de/wahl_programm/

VIII. Gentechnik

Die AfD erkennt an, dass „Gentechnik unkalkulierbare Risiken für Mensch, Flora und Fauna birgt“ und steht ihrem Einsatz zunächst kritisch gegenüber. Allerdings befürwortet die Partei die Erforschung der Gentechnik. Eine Anwendung außerhalb der Forschung soll nicht erfolgen; allerdings nur, solange „Restrisiken“ bestehen.

Bewertung:

Im Gegensatz zum BUND schließt die AfD die Anwendung von Gentechnik nicht aus. Sie definiert „Restrisiken“ nicht und bietet damit Spielraum für Interpretationen, so dass am Ende doch eine Hintertür für den Anbau von Gentech-Pflanzen offen bleibt. Außerdem ist fragwürdig, wieso überhaupt in Gentechnikforschung investiert werden soll, wenn die Anwendung der Forschungsergebnisse nicht gewollt ist.

Die AfD lehnt die bestehenden EU-weiten Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte ab und setzt sich dafür ein, dass Genehmigungen für Gentechnikprodukte in Deutschland „ausschließlich hoheitlich vom Bund“ erteilt werden. Sie plädiert also für eine Renationalisierung der Zulassungsverfahren und erteilt dem einheitlichen Binnenmarkt eine Absage. Vordergründig knüpft sie damit an die seit 2015 bestehenden erweiterten Möglichkeiten für Mitgliedstaaten an, nationale Anbauverbote für Gentech-Pflanzen zu erlassen; tatsächlich geht es ihr darum, die EU und ihre Gesetzgebungskompetenz in Frage zu stellen.

Das Thema Patentrecht nimmt die AfD in ihr Grundsatzpapier zwar auf und erwähnt zum Beispiel die zunehmenden Konzentrationsprozesse im Saatgutbereich. Sie tut dies aber, ohne daraus politische Forderungen abzuleiten. Außerdem fehlen die Forderung nach der dringend notwendigen gesetzlichen Regulierung der neuen gentechnischen Verfahren und ein Bekenntnis zur Wahrung der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Saatgut und Lebensmitteln. Die Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln, wie sie zurzeit in der EU besteht, wird von der Partei zwar befürwortet, jedoch findet sich kein Wort zur vom BUND und vielen anderen geforderten Kennzeichnung von tierischen Produkten, die mit Gentech-Futterpflanzen erzeugt worden sind.

Fazit:

Gegenüber der Gentechnik positioniert sich die AfD nur auf den ersten Blick kritisch. Insgesamt wirken die Aussagen so, als nehme die AfD lediglich die Stichworte der gentechnikkritischen Debatte auf, um bei der entsprechenden Klientel zu punkten und ihrer Politik einen grünen Anstrich zu verpassen. Dadurch, dass politische Forderungen und Maßnahmen vollständig fehlen, ist die AfD bei diesem Thema unglauwbüdig.

IX. TTIP/CETA

Die AfD positioniert sich in ihrem Grundsatzprogramm gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA, wenn diese „intransparent und ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen“. Schiedsgerichte seien zwar grundsätzlich bewährte Instrumente, allerdings müsse das Verhältnis zur nationalen Justiz befriedigend geregelt sein. In jedem Fall müssten Abkommen dieser Art durch den Bundestag bestätigt werden, weil sie in nationale Kompetenzen eingreifen.

Bewertung

Auf den ersten Blick wirken die Positionen von BUND und AfD ähnlich: Beide lehnen TTIP ab, beide kritisieren die Intransparenz der Verhandlungen sowie die Rolle der Schiedsgerichte und fordern die Beteiligung des Bundestages.

Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede in der Argumentation und Motivation. Während für den BUND insbesondere negative Auswirkungen auf Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz Gründe für seine ablehnende Haltung sind, wird von der AfD zum Thema Umwelt an dieser Stelle kein einziges Wort verloren, obwohl sie sich im Grundsatzprogramm Natur- und Umweltschutz auf die Fahne schreibt. Die AfD argumentiert aus völkisch-nationalistischen Motiven und aus der Sorge, durch Freihandelsabkommen zu viele nationale Souveränitäts- und Hoheitsrechte zu verlieren und Wettbewerbsnachteile zu erleiden. Grundlage ihrer Positionen sind Ausgrenzung und Abwertung Anderer und nicht eine sozial und ökologisch gerechte Weltwirtschaft.

Fazit

Hinter der ablehnenden Haltung der AfD gegenüber TTIP und CETA stehen völkisch-nationalistisches sowie antieuropäisches Denken. Der BUND hingegen ist ein international orientierter und in einem großen Verbund von Organisationen aus aller Welt vernetzter Akteur (Friends of the Earth). Der BUND befürwortet internationale Abkommen, wenn sie einer sozial und ökologisch gerechten Entwicklung nützen und fair ausgehandelt wurden. In solchen Abkommen sieht der BUND grundsätzliche große Chancen für das Erreichen seiner zentralen Ziele wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit. TTIP und CETA würden jedoch eine gegensätzliche Wirkung haben und werden aus diesem Grund vom BUND abgelehnt.

X. Verkehr

Die AfD wendet sich „strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein individueller Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll“. Sie fordert den „Aufbau eines steuergünstigen deutschlandweiten Investitionsfonds oder Anleihefonds zur Finanzierung von Infrastruktur-Investitionen unter Beteiligung der Öffentlichen Hand, der Wirtschaft, Versicherungen und privaten Anteilseigner“. Die AfD fordert außerdem „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen ab. „Kein Tempolimit auf Autobahnen, 100 km/h auf Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen Durchgangsstraßen, jederzeit.“

Bewertung:

Die AfD behauptet, dass die Autofahrer*innen auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollziehbare Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert würden. Die Kommunen würden dies vorrangig als zusätzliche Einnahmequelle nutzen, und bald drohe wohl ein allgemeines Tempolimit auf allen Autobahnen. Die AfD unterschlägt dabei völlig, dass zu schnelles Fahren nicht nur die Unfallzahlen in die Höhe treibt, sondern auch zum Klimawandel beiträgt. Ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen würde in Deutschland den CO₂-Austoß um 3 Millionen Tonnen pro Jahr verringern, die Fahrsicherheit erhöhen und zu einem gleichmäßigeren Verkehrsfluss mit weniger Staus führen. Außerdem würde ein Tempolimit dazu beitragen, dass Autohersteller neue Modelle mit weniger Motorleistung entwickeln würden, die leichter und sparsamer sind.

Widersprüchlich ist auch, dass die AfD einerseits Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) ablehnt, ebenso die Übergabe von Großprojekten an „private Konsortien“ wegen fehlender Transparenz. Gleichzeitig schlägt sie jedoch einen deutschlandweiten Investitionsfonds vor, was einer Privatisierung durch die Hintertür gleichkommt. Ein solcher Fonds wäre nicht nur viel intransparenter, sondern auch unsinnig, weil die staatliche Kreditaufnahme mit 0 bis 0,5 Prozent gegenüber privaten Investoren konkurrenzlos günstig ist.

Die von der AfD geforderte Priorität für den Infrastrukturerhalt ist längst eine Selbstverständlichkeit. Die Mängel der Erhaltungsstrategie des BMVI werden hingegen übersehen. Zur Infrastrukturplanung – Bundesverkehrswegeplan (BVWP) – finden sich keine eigenen und keine neuen Ideen im AfD Grundsatzprogramm. Zwar wird die Verlagerung auf Schiene und Schiff im grenzüberschreitenden „Massentransport“ gefordert, allerdings, ohne Begründung, nicht für nationale Strecken. Andererseits fordert die AfD: Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte dürften nicht an nationalen Egoismen scheitern. Die Maut für schwere Lkw müsse „nach der tatsächlichen Fahrbahnbelastung und dem Fahrbahn-Zerstörungsgrad durch schwere Achslasten erhoben werden“. Das wird sie aber schon heute und sie wird seit 2015 auch schon für Lkw unter 12 Tonnen, nämlich ab 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht, erhoben.

Dass das Thema Gesundheit pauschal mit einem Satz nachgeschoben wurde („Der Ausstoß von Feinstaub bei Kfz mit Dieselmotoren ist durch Weiterentwicklung der Motor- und Abgastechnik zu minimieren“), zeigt, dass die AfD dieses Thema nicht wirklich ernst nimmt.

Fazit:

Im Verkehrsbereich findet sich ein inkompetentes, unsachliches und willkürliches Sammelsurium von Einzelforderungen. Da die AfD das Klimaproblem leugnet, fordert sie „freie Fahrt für freie Bürger“, lässt aber die Themen Luftverkehr und E-Mobilität wie auch Energiewende im Verkehr komplett außen vor. Auch „lebenswerte Städte“ spielen bei der AfD keine Rolle, weder ÖPNV oder Fahrradverkehr werden im Grundsatzprogramm erwähnt

Aus Sicht des BUND geht es aber genau darum: Diese echten Alternativen sind zu fördern anstatt populistische Parolen zu entwickeln.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Bundesgeschäftsstelle

Yvonne Weber

Teamleitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel. (0 30) 2 75 86-489

yvonne.weber@bund.net

www.bund.net